



Inhaltsverzeichnis

- 2 Gemeinderat
- 4 Bau- / Werk- und Planungskommission (BWPK)
- 6 Schulkommission (SK)
- 7 Umweltkommission
- 7 Verkehrskommission
- 8 Vormundschafts-/Sozialhilfe- und Asylbewerberkommission
- 9 Spezialkommission Arbeitsgruppe „Umsetzung Altersleitbild“
- 10 Spezialkommission Fusswege
- 10 Eindrücke aus den USA

Liebe Dornacherinnen, liebe Dornacher

Perimeterbeiträge, Fusswege, Verkehrsberuhigung, GIS, „Geleitete Schule“, Naturkonzept, Fragen der Sozialhilfe – das sind die Themen des vorliegenden Informationsblattes der FREIEN WÄHLER DORNACH. Es sind die Themen, die unsere Gemeinderäte und die Vertreter der Freien Wähler in den Kommissionen in ihrer Arbeit bewegen, die sie – stellvertretend für alle Einwohner von Dornach – bearbeiten und zu denen sie Beschlüsse fassen. Was hier Erwähnung findet, ist allerdings nur ein Teil der Sorgen. Um nur zwei weitere zu nennen:

Wie steht es mit dem Submissionsreglement der Gemeinde? Vor Jahren wurde festgelegt, wie und unter welchen Bedingungen welche Aufträge vergeben werden dürfen. Die Erfahrung im Umgang mit diesen Regeln hat aber gezeigt, wie unbeweglich dieses System ist. Es lässt – und dies im Namen einer problematischen „Gleichbehandlung aller Beteiligten“ und einer ohnehin nie erreichbaren Gerechtigkeit – keinen Spielraum für Verhandlungen oder Entwicklungsschritte im Verlaufe des Verfahrens (alles muss vorher möglichst detailliert festgehalten, d.h. „ausgedacht“ werden), es ist schlecht geeignet für gründliche Auseinandersetzung mit Fragen der Qualität, der Ökologie, der Nachhaltigkeit, und es ist anonym. Wer privat oder in unabhängigen Organisationen Aufträge zu vergeben hat, ist heilfroh, dass er sich an kein Submissionsreglement zu

halten hat. Die Möglichkeit, dass Aufträge im Sinne einer Vetternwirtschaft mit überhöhten Preisen vergeben werden, darf nicht dazu führen, dass das Kind mit dem Bad ausgeschüttet wird, dass nämlich persönliche Bekanntschaft, persönliches Vertrauen, erprobte Erfahrung nichts mehr gelten soll. Es ist Zeit, das Submissionsreglement wieder einmal zu überdenken.

Einem zweiten Thema muss sich Dornach über kurz oder lang auch wieder stellen: der Frage des Ressortsystems im Gemeinderat. Es stimmt zwar, dass vor sechs Jahren ein erster Anlauf zur Einführung des Ressortsystems von den Stimmberechtigten abgelehnt wurde. Im Rückblick kann aber hinterfragt werden, wie diese Ablehnung damals zustande gekommen ist. Da darf auch gefragt werden, ob der gleiche Vorschlag heute nochmals abgelehnt würde. Die Freien Wähler haben sich immer auf den Standpunkt gestellt, dass Verantwortung im wichtigsten Gremium der Gemeinde miteinander getragen werden sollte, dass patronale Strukturen der Vergangenheit angehören und dass kollegiale Zusammenarbeit von voll für Teilbereiche Verantwortlichen die Probleme auf eine fruchtbarere Art lösen können als unser heutiges Präsidialsystem. Wer wirft den ersten Stein ins Wasser, um das Thema in der Gemeinde wieder aufzugreifen? Wir hoffen, dass dies durch alle Parteistrukturen hindurch gemeinsam neu geschehen kann.

Mit dem Beitrag von Daniel Urech über seine USA-Erfahrungen – ähnlich wie mit jenem in der letzten Nummer von Edwin Kaufmann über die Ukraine – können wir besonders glücklich sein: er zeigt unmissverständlich, dass die Welt grösser ist als Dornach. Wenn das nicht wäre, könnte es einem zu eng werden ...

Für die kommende Weihnachtszeit wünschen wir Ihnen geruhsame und besinnliche Stunden im Kreise Ihrer Angehörigen und Freunde und für das Jahr 2007 sowohl privat als auch geschäftlich alles Gute.

Ihre FREIEN WÄHLER DORNACH

GEMEINDERAT

9 Mitglieder
FWD-Vertreter: Rosmarie Erath, Ursula Kradolfer (Vize-Präsidentin), Daniel Urech

www.fwd-dornach.ch: Aus dem Gemeinderat / unsere Kommentare

Daniel Urech

Auf dem Internet unter www.fwd-dornach.ch finden Sie regelmässig Kommentare der FWD-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte zu den Beschlüssen des Gemeinderats.

Wir würden gerne von Ihnen wissen, was Sie von diesem Service halten, ob und wie oft Sie diesen nutzen. Schreiben Sie uns Ihre Meinung an daniel.urech@fwd-dornach.ch oder teilen Sie uns diese einfach einmal persönlich mit!

Perimeterbeiträge: Ein alter Zopf muss weg

Ursula Kradolfer

Immer wieder wehren sich Grundeigentümer gegen die Kosten, die ihnen bei Strassensanierungen aufgebürdet werden. Im kantonalen Baugesetz steht, dass die Eigentümer einen Mehrwert und Sondervorteil geniessen, wenn die Strasse saniert ist. Das trifft heute nicht mehr zu. Bestehende Strassen sollen aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Unsere KantonsrätInnen können sich für eine entsprechende Gesetzesänderung stark machen.

Jede Strassensanierung, die ich bisher erlebt habe, führte zu Einsprachen gegen die Perimeterbeiträge. Immer wieder wehren sich betroffene Eigentümer gegen die, je nach Fall, sehr hohen Kosten. Diese können schon mal CHF 40'000.- oder gar das Doppelte betragen. Die Eigentümer stellen sich auf den Standpunkt, dass der Mehrwert der sanierten Strasse ihnen nicht stärker zugute kommt als anderen Einwohnern.

Die Gemeinde bestimmt, welche Strasse saniert werden muss und in welcher Art. Die Eigentümer müssen zahlen. Sie können höchstens den Kredit ablehnen,

haben aber in einer Gemeindeversammlung als Minderheit eine schwache Position. Immer wieder wird deshalb der Verdacht geäussert, die Gemeinde vernachlässige den Unterhalt absichtlich, damit sie die Strassen sanieren und somit die Kosten auf die Eigentümer abwälzen kann. Das ist ein starker Vorwurf.

Um solchen Verdächtigungen entgegen zu wirken, müssen die Behörden die Planung der Unterhalts- und Sanierungsprojekte transparenter machen. Langfristig sollte aber die Gesetzesgrundlage für die Strassenfinanzierung an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Nur für Neuerschliessungen könnten dann – wie beim Wasser und Abwasser – einmalige Beiträge erhoben werden. **Ziel muss sein: Bestehende Strassen werden aus allgemeinen Steuermitteln finanziert**, die Perimeterbeiträge gehören abgeschafft. Dieses Finanzierungs-System ist ein alter Zopf und muss abgeschnitten werden. Es stammt aus einer Zeit, als es in den Dörfern noch mehrheitlich Mergelwege gab, die bei jedem Platzregen zu Schlambahnen wurden. Wurden solche Strassen saniert, also neu gekoffert und geteert, so entstand den Anwohnern ein echter, nachvollziehbarer Mehrwert.

Bei uns sind die sanierungsbedürftigen Strassen schon geteert. Sie werden durch die Sanierung sicherer und sind danach weniger holprig. Die Eigentümer aber können nicht entscheiden, ob ihnen die geringere Holprigkeit viele tausend Franken wert ist. Öffentliche Strassen sind ein Gemeinschaftswerk und auch eine Visitenkarte der Gemeinde. Sie können von allen genutzt werden und sollten daher auch von allen getragen werden. Ich fordere unsere fünf Kantonsräte auf, sich für eine entsprechende Gesetzesrevision zu engagieren.

Das kantonale Planungs- und Baugesetz gibt vor, dass angemessene Beiträge zu zahlen habe, wem „durch die Erstellung öffentlicher Erschliessungsanlagen Mehrwerte oder Sondervorteile“ erwachsen (§108, Abs. 1, PBG). Laut Grundeigentümerbeitragsverordnung gilt die Beitragspflicht deshalb für „die Eigentümer von Grundstücken,

welche durch den Neubau – bei Verkehrsanlagen auch durch Ausbau und Korrektur – einer öffentlichen Erschliessungsanlage Mehrwerte und Sondervorteile erhalten“, (§ 6, Abs. 1). Zu Diskussionen Anlass gibt hier, die Definition von „Ausbau“. Was darunter zu verstehen ist wird in § 7, Abs. 2 erklärt. „Strassenausbau bedeutet die wesentliche Verbesserung oder Verbreiterung einer bestehenden Strasse, das erstmalige Auftragen eines Hartbelages oder die Erneuerung des Strassenunterbaus“. Keine Beiträge werden erhoben „für ordentliche Unterhaltsarbeiten (wiederkehrende Belagserneuerung, Kanalreinigung, usw.)“ (§ 8, Abs. 1, lit. a). Die Höhe der Beiträge ist in § 42 vorgegeben und bewegt sich, je nach Strassenkategorie, zwischen 40% – 80% der Erstellungskosten.

Welche Funktion hat die Bau-, Werk- und Planungskommission (BWPK)?

Ursula Kradolfer

Innerhalb der Behörden besteht keine Einigkeit darüber, welche Aufgaben die BWPK hat. Soll sie systematisch grössere Planungs- und Bauvorhaben prüfen und als Empfehlungen zuhanden des Gemeinderates formulieren? Oder soll sie abgeschafft werden?



Auf der Traktandenliste für die Gemeinderatssitzung standen drei grosse Bauvorhaben, insbesondere zwei Strassenbau-Projekte. Der Gemeinderat sollte über Kredite in der Höhe von etwa 1.5 Mio. Franken befinden. Das ist viel Geld. Deshalb sind wir verpflichtet, die Projekte besonders sorgfältig zu prüfen.

Umso befremdlicher ist es, dass die BWPK keine Stellung nehmen konnte zu den vom Ingenieur verfassten Unterlagen. Sie sollte erst **nach der entscheidenden Gemeinderatssitzung** über die Projekte orientiert werden. Die Kommission entscheide ja nicht über diese Projekte, hiess es im Rat, das sei Sache des Gemeinderates. Richtig, aber je umfassender die Vorschläge ge-

prüft sind, desto fundierter ist der Entscheid des Gemeinderates. Eine Kommission kann nur entscheiden, wozu sie eine Entscheidungsbefugnis hat. Aber sie kann Stellung nehmen und begründete Empfehlungen abgeben.

Von einer Fachkommission erwarte ich, dass sie Projekte, die in ihren Bereich gehören genauer und besser prüfen kann als der Gemeinderat. In der BWPK sind einige Mitglieder qualifizierte Baufachleute, die geradezu prädestiniert sind, fundierte Empfehlungen zu Bauprojekten abzugeben. Diese Chance muss unbedingt auch zur Optimierung der Vorschläge genutzt werden.



Dornach hat eine vollamtliche Bauverwaltung. Die Bauverwaltung führt aus, was politisch entschieden wird. Alle Entscheide, die keinen Spielraum haben, weil die Gesetze und Reglemente oder Leitbilder diese nicht zulassen, können an die Bauverwaltung delegiert werden. Die Gemeinde ist so gross, dass die Kommission die Kapazitäten nicht hätte, um die Baubewilligungen vollumfänglich zu bearbeiten.

Aber die Kommission ist nicht nur Fachkommission, die Mitglieder sind auch Träger eines politischen Mandats, also vom Volk gewählt. Geht es um Planung, Richtungsentscheide, o. Ä., dann ist dies Sache der demokratisch gewählten Kommission. Überlassen wir diesen Teil auch der Bauverwaltung, so ist es die Bauverwaltung, die die Siedlungspolitik betreibt. Das wäre ein Verzicht auf demokratische Gestaltungsmöglichkeiten. Nutzen wir das Potenzial der BWPK – und lassen wir sie die wichtigen Projekte beurteilen, kontrollieren und vielleicht sogar verbessern – bevor der Gemeinderat darüber entscheidet.

BAU- / WERK- UND PLANUNGSKOMMISSION (BWPK)

7 Mitglieder

FWD-Vertreter: Rainer Dietwiler, Dieter Grass, Robert Leu (Vizepräsident)

Unser Alltag und unsere Visionen.

Rainer Dietwiler, Dieter Grass, Robert Leu

Nach nunmehr bald 15 Sitzungen haben wir etliche Aufgabenbereiche gestreift und einen Einblick in unsere Kommissionsarbeit erlangt. Die Zusammenarbeit innerhalb der Kommission ist angenehm und engagiert.

Die einfachsten Entscheide werden mit dem Bau- und Planungsrecht gefällt. Schwieriger werden die Beschlüsse bei Mobilfunkantennenanlagen und Gewerbebauten, weil sie auch eine viel grössere Tragweite (Verkehr, Arbeitsplätze, Strahlung etc.) haben. Dann sind da noch die „Dauerbrenner“: langatmige Fälle, welche ihren Ursprung z.T. Jahre vor unserer Zeit in der BWPK haben. Diese extremen Bereiche zeigen uns dann auch die Schwachstellen unserer Kommission auf: es ist schwierig, die Arbeit über Jahre zurückzuverfolgen und an die notwendigen Informationen zu kommen.

Alle Informationen laufen über die Bauverwaltung, und die Baukommission kann erst darüber befinden, wenn Probleme auftauchen. Die Kluft zwischen den ersten Kontakten und dem Erscheinen auf unserer Traktandenliste, sowie unklare Aufgaben- und Kompetenzbereiche, werden uns im weiterhin beschäftigen.

Unbefriedigend sind Entscheide im Wasser- und Strassenwesen allzumal, weil sehr wenig Informationen fliessen bzw. die Entscheide vorgängig vom Gemeinderat getroffen wurden!

Ein weiteres Dauerthema ist das Nichtvorhandensein vernünftiger Grundlagen über die gemeindeeigenen Anlagen wie Strassen, Wasserleitungen und Kanalisationen. Diese Situation führte zu zwei Anträgen zwecks Bestandesaufnahme des Strassennetzes sowie der Werkleitungen. Wir streben eine Aufnahme ins GIS (Gemeindeinformationssystem) an. Im Anschliessenden Bericht wird auf den Zweck und den Inhalt eines solchen Systems eingegangen.

Mit GIS in die Zukunft

Robi Leu

Was soll die Gemeinde Dornach mit einem GIS?

Der Begriff **GIS** ist die Abkürzung für ein **Geographisches Informations-System**, das heisst für eine Verknüpfung von Sachdaten (Datenbank) mit Geographischen Informationen (Karte, Plan) in einem EDV-Sys-

tem. Zu diesen Daten zählt man die amtliche Vermessung, den Leitungskataster und den Zonenplan, um nur einige zu nennen. Die Verfügbarkeit dieser Daten ist für die Gemeinde von grosser Bedeutung.

Was bringt ein GIS?

Alle vorhandenen Informationen können koordiniert, zueinander in einen Bezug gesetzt und praktisch auf Knopfdruck ausgewertet werden, wie z.B.:

- Wo bestehen noch alte, bruchanfällige Gusswasserleitungen und wo sind gleichzeitig in der unmittelbaren Umgebung Kanalisation sowie Strassenbelag sanierungsbedürftig, mit dem Fazit das wenige vorhandene Geld für den Unterhalt optimal einzusetzen.
- Wie viele Laufmeter sanierungsbedürftige Gussleitungen gibt es im Wasserleitungsnetz?
- Wie viele Schlammsammler auf Gemeindestrassen sind jährlich zu reinigen?
- Verwaltung von Gemeinde-Parzellen und -Liegenschaften
- Unterhaltsplanung Grünanlagen
- Unterhaltsplanung öffentliche Beleuchtung (welche Ersatzlampe für welchen Kandelabertyp, Zeitpunkt des letzten Lampenwechsels)
- etc.

Die Daten sind rasch verfügbar, zeitraubende Suchaktionen im Ordner- und Planarchiv entfallen.

Daten und Informationen, welche bis jetzt nur in den Köpfen einzelner Mitarbeiter vorhanden waren, können einfach erfasst werden, stehen weiteren Personen zur Verfügung und sind für die Zukunft gesichert.

Wie ist der heutige Stand?

Ausgehend von den heutigen Kundenbedürfnissen gibt es Darstellungsformen, welche dem Nutzer auf dem PC mit Hilfe eines komfortablen, sehr benutzerfreundlichen Gratis-Readers bzw. -Viewers zur Verfügung stehen.

Informationen können bei Bedarf auch via Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, gegebenenfalls auch mit Passwort-Schutz.

Folgende Kriterien sind abgedeckt:

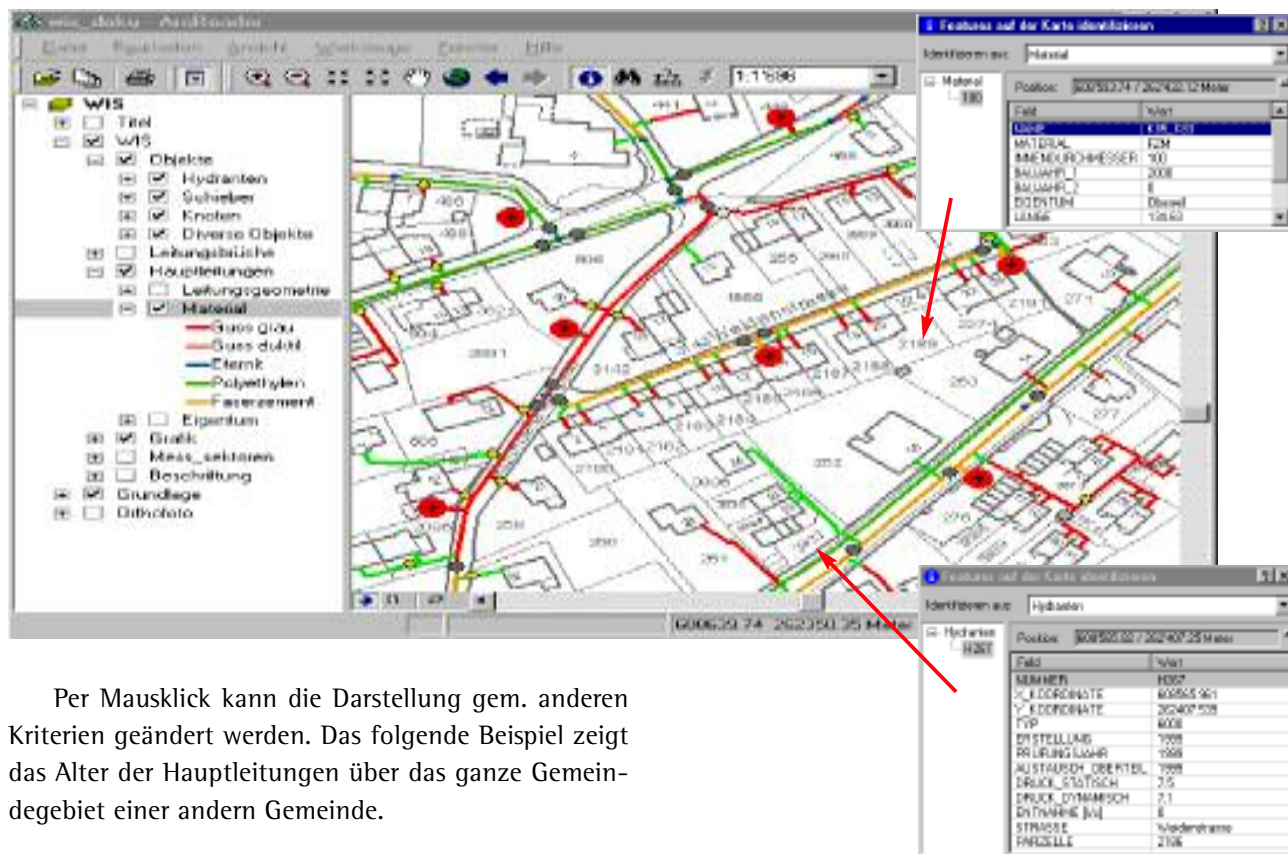
- Suchen mit Hilfe von Suchbegriffen wie Strassenamen, Parzellennummern, Schacht- oder Hydranten Nummern etc.

- Zugriff auf alle Sachdaten
- Datenabfrage per Maus-Klick
- Messen von Distanzen
- Masstäbliches, farbiges Drucken

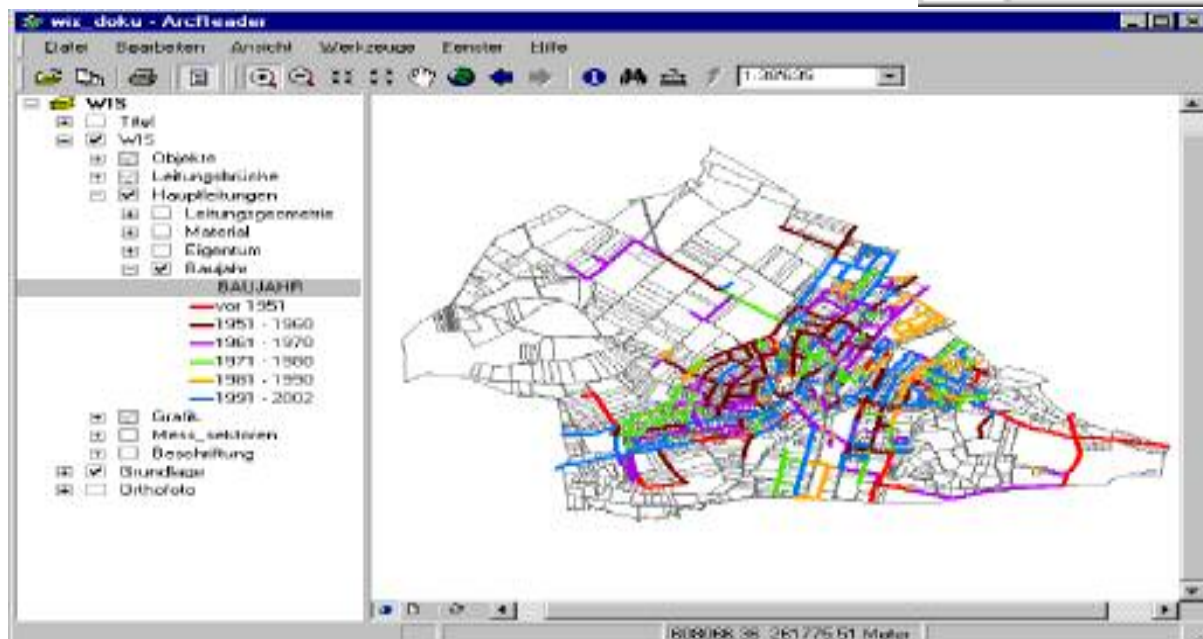
Beispiel anhand eines Wasserleitungsnetzes:

Wasserinformationssystem (WIS)

Die Leitungen sind in dieser Darstellung, gem. Legende, nach Material gefärbt. Per Mausclick auf ein Leitungstück hat man sofort die wichtigsten Daten: Durchmesser = 100mm, Material = Faserzementrohr, Baujahr = 2000, Eigentümer = Gemeinde, Strasse = Weidenstrasse. Dasselbe gilt für Hydranten, Schieber, Entlüftungen



Per Mausclick kann die Darstellung gem. anderen Kriterien geändert werden. Das folgende Beispiel zeigt das Alter der Hauptleitungen über das ganze Gemeindegebiet einer andern Gemeinde.



Sie können diesen Plan auf unserer Website www.fwd-dornach.ch unter der Rubrik „Info-Blatt“ in Farbe ansehen.

Welches Fazit ergibt sich?

Als offenes, zu sämtlichen Schnittstellen kompatibles System garantiert ein Gemeinde-GIS einerseits die Unabhängigkeit vom Gemeinde-Ingenieur und ist andererseits aber in der Lage, Daten - egal welcher Herkunft - systemunabhängig einzulesen.

Ein Gemeinde-GIS bietet eine komfortable Alter-

native zu Plänen und Bundesordnern und bildet eine ideale Hilfe für die optimale Bewirtschaftung der meist nur beschränkt zur Verfügung stehenden Geldmittel für den Erhalt und den Ausbau von unterirdischen Infrastruktur-Anlagen sowie Gemeindebauten (Gemeindeverwaltung, Schulhäuser, Sportplatz, Schiessplatz, etc.).

SCHULKOMMISSION (SK)

9 Mitglieder

FWD-Vertreter: Helen Blatter, Gabi Geisenhoff, Irène Hauser (Vizepräsidentin)

Schulkommission – gibt es die überhaupt noch?

Irène Hauser, Gabi Geisenhoff, Helen Blatter

Mit dem neuen Volksschulgesetz geht faktisch die operative Leitung der Schulen an die Schulleitung über. Im Moment wird die Planung der Übergangsphase ausgearbeitet. Ein wichtiges Thema ist auch die Einführung der Schulsozialarbeit.



Seit dem 1. August 2006 ist das neue Volksschulgesetz in Kraft. Mit diesem Gesetz geht faktisch die operative Leitung (Führungsverantwortung, fachliche und administrative Leitung, Finanzkompetenz) der Schulen an die Schulleitung über. Das neue Gesetz gibt dem Gemeinderat die strategische Leitung der Schule (Leistungsauftrag, Budgetkontrolle etc.). Der Gemeinderat wiederum hat die Möglichkeit, gewisse Kompetenzen und Kontroll- und Aufsichtsaufgaben einer Fachkommission zu delegieren.

Die Geleiteten Schulen müssen allerdings erst ab Schuljahr 2010/2011 im Kanton flächendeckend im Normalbetrieb funktionieren. Das heisst, die Schulleitung muss die entsprechende Ausbildung und die nötigen Phasen beim Aufbau zur Geleiteten Schule erst bis Mitte 2010 abgeschlossen haben.

In Dornach haben wir die Startphase als Geleitete Schule abgeschlossen und sind nun in der sogenannten Aufbauphase. Erst nach der abschliessenden Evaluationsphase mit Zertifikat ist die Geleitete Schule eine «Geleitete Schule im Normalbetrieb», bei uns ab August 2009.

Aufgrund dieser Situation kann und will die Schulleitung der Schulen Dornach sowie der Leiter der JMS die neu anfallenden Aufgaben (noch) nicht alle wahrnehmen. Sie brauchen weiterhin die Unterstützung einer Kommission, insbesondere in dieser Übergangsphase.

Schulleitung und Schulkommission sind nun daran, die Planung der Übergangslösung auszuarbeiten. Dabei zeigt das erarbeitete Funktionendiagramm auf, bei wem in Zukunft welche Kompetenzen zu liegen kommen. Dieser Entwurf des Diagramms wird vom Gemeinderat behandelt und sehr wahrscheinlich anschliessend an einer Gemeindeversammlung der Bevölkerung vorgestellt und zur Abstimmung freigegeben. Diese Vorlage wird neben der Aufgabenregelung auch beinhalten, in welcher Grösse und Form die Fachkommission in Zukunft arbeiten wird. Die neun aktiven Schulkommissionsmitglieder behalten bis zur definitiven Ablösung ihre Funktionen.

Wichtige Themen in der Schulkommission sind momentan die Einführung von Schulsozialarbeit in der Gemeinde Dornach oder das Ausstellungsprojekt von Kinderschutz Schweiz «Mein Körper gehört mir!».

UMWELTKOMMISSION

5 Mitglieder

FWD-Vertreter: Patricia Enzmann (Präsidentin), Werner Rudin

Patricia Enzmann

Die Mitglieder der Umweltkommission haben sich in diesem Jahr vorwiegend auf die Erarbeitung des Naturkonzeptes konzentriert, welches Anfang November zuhänden des Gemeinderates verabschiedet wurde. Daneben konnte zum wiederholten Male eine erfolgreiche Bring- und Holaktion auf dem Werkhofareal durchgeführt werden.

Vergangenen Herbst gab der Gemeinderat den Startschuss für die Erarbeitung des Naturkonzeptes. Mit dieser Planung beauftragt wurde die Arbeitsgemeinschaft Daniel Knecht, Umweltbüro Aesch und Martin Huber von BSB + Partner Biberist erteilt. Die

Umweltkommission hat diesen Planungsprozess intensiv begleitet. An der Startsituation waren rund zwei Dutzend Akteure in den Bereichen Landschaft, Wald und Naturschutz sowie Behörden und Verwaltungsvertreter eingeladen. Es folgten drei themenspezifische Arbeitsgruppen-Treffen und eine Schlussveranstaltung. Die eingebundenen Personen konnten so Ihre Ideen und Vorschläge einbringen. Anfang November reichte die UK den umfassenden Bericht mit den entsprechenden Plänen dem Gemeinderat zur Prüfung und Genehmigung ein. Es ist vorgesehen die Bevölkerung im nächsten Jahr mittels einer kleinen Ausstellung über die Inhalte des Naturkonzeptes und die künftigen Umsetzungsschritte zu informieren.

VERKEHRSKOMMISSION

3 Mitglieder

FWD-Vertreter: Bruno Planer (Aktuar)

Bruno Planer

Die Pendenzen der letzten Jahre wurden abgearbeitet. Die Verkehrsberuhigungsmassnahmen beim Schulhaus Brühl wurden umgesetzt und können besichtigt werden. Die Wohnqualität im Brüggli und im Apfelsee muss durch gezielte Verkehrsmassnahmen verbessert werden.

Nun sind wir bereits bald ein Jahr am Arbeiten. Wie schon im letzten Info 1/2006 erwähnt, beschäftigen uns vor allem auch die „alten“ Pendenzen, die seitens der Gemeinde noch unerledigt waren. Nun gibt es aber dazu sehr Erfreuliches zu berichten:

Die meisten Pendenzen aus den vergangenen Jahren wurden seitens der Gemeinde besprochen und erledigt. Ein grosses Dankeschön an die Gemeinde!

Schulhaus Brühl

Zu berichten gibt es auch vom Schulhaus Brühl. Dort konnte man die umgesetzten Verkehrsberuhigungsmassnahmen begutachten. Aus meiner Sicht sind diese zweckmässig. Ich hätte mir aber gewünscht, dass die betroffenen Kommissionen bereits bei der Planung der Massnahmen involviert gewesen wären. Etwas mehr Mut wäre dort nämlich wirklich wünschenswert gewesen, zum Beispiel eine Aufpflasterung oder sogar eine Tempo-30-Zone für das Schulhaus und das angren-



zende Quartier – ein altes Thema. Dies würde auch zu wesentlich mehr Wohnqualität im Quartier beitragen.

Wohnqualität

Apropos Wohnqualität: Gerade das Quartier Brüggli und das Quartier Apfelsee werden von der Gemeinde etwas stiefmütterlich behandelt. Obwohl die beiden Quartiere das Gros der Einwohner in Dornach stellen, werden dort eher zögerlich Steuerfranken für Verkehrsmassnahmen investiert. Vor allem im Brüggli zeichnet sich wohl eine Besserung der Situation erst mit dem Bau des Autobahnanschlusses Widen ab, der aber noch in weiter Ferne liegt.

Im Apfelseequartier gibt es diverse Bauvorhaben, die kurz vor der Realisation stehen. Obwohl dort Wohnraum für mehrere Dutzend Familien geplant ist,



wird überhaupt nicht über notwendige Massnahmen im Bereich Verkehrsberuhigung diskutiert. Dies, obwohl bekannt ist, dass die Apfelsee-Strasse eine beliebte Strecke zum Rasen ist. Zum Beispiel laufen die vielen Schüler der Rudolf Steiner-Schule Birseck dort Gefahr, nicht gesehen zu werden, und zwar wegen der schlechten Beleuchtung. Es ist fast ein kleines Wunder, dass noch nichts Schlimmes passiert ist. Aber wenn so lange nichts passiert, stellt man sich ja gerne auf den Standpunkt: Bis jetzt ist nichts passiert, also kann es ja wohl nicht so schlimm sein.

Ich wünschte mir da von der Gemeinde den Auftrag an die Verkehrskommission, ein Konzept zu erstellen, wo es Massnahmen braucht und welche, um so auch in Zukunft Dornach als attraktiven Wohnort für alle zu bewahren. Es gibt ja immer mehr Menschen, die vom Lärm des motorisierten Verkehrs genug haben und sich einfach etwas mehr Ruhe wünschen – auch in den Quartieren Brüggli und Apfelsee.

VORMUNDSCHAFTS-/SOZIALHILFE- UND ASYLBEWERBERKOMMISSION

7 Mitglieder
FWD-Vertreter: Helene Aeschlimann, Walter Plüss

Sozialwerke von der gesellschaftlichen Entwicklung überrollt?

Walter Plüss

Das in der Sozialhilfekommission erlebbare Spannungsfeld zeigt auf, dass die jetzigen Lösungen nicht für alle Zukunft tragen. Welche weitere Entwicklung können wir denken?

Unbestritten: Wer in unserem Land in eine Notlage kommt, soll nicht verhungern und auch nicht erfrieren. Wir haben uns darauf geeinigt, dass verschiedene gesetzlich verankerte Gefässe – oder Netze – im Ausnahmefall zum Zuge kommen. Anstelle von Familienunterstützungspflicht tritt die Existenzsicherung durch die Gesellschaft. Diese Absicherung, die nicht mehr nur von persönlichen Beziehungen abhängig ist, ist eine der Grundvoraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung. Der Einzelne wird mobil und autonom. Die Kehrseite der Individualisierungsbewegung, nämlich Isolation und Vereinsamung, sei nur am Rande erwähnt.

Tritt der Fall ein, dass jemand sich in dieses Netz fallen lassen muss (und es kann tatsächlich jede und jeden treffen), so bleibt nach allen anderen Versiche-

rungen (Arbeitslosengeld, Krankentaggeld, IV- und andere Renten etc.) als Letztes jeweils die Fürsorge der Gemeinden übrig. Fachpersonen berechnen nach vielen gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien die Unterstützung. Diese muss durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission geprüft und bewilligt werden. Was ist nun bei dieser Tätigkeit konkret zu beobachten?

Obwohl wir praktisch monatlich für mehrere Stunden zusammensitzen, sind doch jedes Mal Dutzende von Dossiers zu besprechen. Dieser Kommissionsaufwand hat mir schon nach kurzer Zeit zu denken gegeben. Weshalb ist es nicht möglich, dass die Profis der Sozialhilfe alle Berechnungen nach dem Willen des Gesetzgebers durchführen und dadurch niemand Not leiden muss?

Ich stelle Vermutungen an. Zum einen scheint das Empfinden, was Existenzsicherung ist, von Person zu Person zu variieren. Was dem einen als Luxus erscheint, ist dem anderen schiere Lebensnotwendigkeit. Weil das Fürsorgewesen aber lediglich als Nothilfe konzipiert ist, beraten wir jeweils über Anträge, die über die grundlegendsten Bedürfnisse hinausgehen: Benutzung eines Autos, Zusatzversicherungen und Therapien, grössere oder luxuriösere Wohnungen, Ausbildungswünsche. Logisch, dass die Kommission dabei

ins Spannungsfeld zwischen politischem Willen und individuellen Bedürfnissen gerät. Da, wo gesetzliche Spielräume bestehen, versuchen wir, mit dem gesunden Menschenverstand zu entscheiden und möglichst auch alle gleich zu behandeln. Werden diese Ermessensentscheide dann aber auf dem Rechtsweg in Frage gestellt, und diese Möglichkeit steht jeder und jedem selbstverständlich offen, so steigert sich der Zeitaufwand aller Beteiligten ins Unermessliche.

Dies bringt mich zu einer weiteren Überlegung. Vielleicht sind wir bei der Entwicklung der sozialen Systeme erst bei der Hälfte angelangt. Immerhin sind die Werke der solidarischen Existenzsicherung noch keine zwei Generationen alt. Dafür aber sehr unübersichtlich und für den einzelnen Laien höchstwahrscheinlich auch sehr verwirrend. So könnte auch des öfters das Missverständnis entstehen, dass die Fürsorgeunterstützung den gewohnten Lebensstandard erhalten sollte – wozu es in den meisten Fällen nicht reicht, was sehr schmerzhaft für die Betroffenen sein kann.

Was aber wäre, wenn der schier unüberschaubare Dschungel der sozialen Absicherung gelichtet würde, z.B. mit einer Einheitsversicherung nach dem Modell

des bedingungslosen Grundeinkommens*? Was entsteht, wenn wir ernst machen würden mit dem Gedanken, dass nicht mehr die Kernfamilie, sondern ein Gesellschaftsverbund den Einzelnen trägt? Und sich konsequenterweise die Mitglieder sich wiederum solidarisch fühlen mit der Gemeinschaft? Natürlich, ich habe auch meine moralischen Bedenken, die Familie aus der Verantwortung zu entlassen. Doch ist dies nicht ohnehin schon vielerorts die Realität? Und haben wir nicht sowieso schon die halbe Strecke in diese Richtung hinter uns gebracht? In der Umsetzung mag es nochmals viel Schweiß und Mühe kosten, den Prozess weiterzubringen. Im Denken zumindest aber wäre es nur ein kleiner Schritt.

*Informationen zum Thema „bedingungsloses Grundeinkommen“ erhalten Sie z.B. unter:

www.initiative-grundeinkommen.ch

www.grundeinkommen.tv

www.archiv-grundeinkommen.de

www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/allex.html

www.iep.uni-

karlsruhe.de/grundeinkommen/download/Was_bringt_ein_bedingungsloses_Grundeinkommen.pdf

SPEZIALKOMMISSION ARBEITSGRUPPE „UMSETZUNG ALTERSLEITBILD“

6 Mitglieder

FWD-Vertreter: Ursula Kradolfer (Präsidentin), Silvia Streit

Ursula Kradolfer

„Alterssiedlung“

Das klingt bieder und verstaubt. Ein neuer Name könnte die Attraktivität der altersgerechten Wohnungen erhöhen.

Ende Oktober führte die Arbeitsgruppe Altersleitbild einen rege besuchten Anlass durch zum Thema „Wohnen im Alter“. In den Diskussionsbeiträgen und auch in Gesprächen im Anschluss an die Veranstaltung wurde grosses Interesse an Wohnmöglichkeiten, die altersgerecht sind, gezeigt. Aufgrund der Bedürfnisse, oder Anforderungen, die formuliert wurden, konnten wir sagen:

das haben wir (teilweise) schon, die gewünschten Angebote gibt es in Dornach – in der Alterssiedlung.

Es besteht ein gewisses Ressentiment gegenüber dieser Einrichtung. Der Name „Alterssiedlung“ klingt offenbar nach düsteren, muffigen Abstellplätzen für Alte. Wie viel mehr Respekt hören die Leute im Namen „Altersresidenz Tertianum“, oder „Seniorenpark Aurora“, oder „Abendsonne“. Da sehen sie vor ihrem geistigen Auge attraktive Räume für rüstige Seniorinnen und Senioren, die sich nur das Alltagsleben gemäss ihren Bedürfnissen erleichtern. Das bietet unsere Alterssiedlung auch, insbesondere der renovierte Teil. Vielleicht sollte sie einen attraktiver klingenden Namen erhalten. Machen Sie Vorschläge!

SPEZIALKOMMISSION FUSSWEGE

5 Mitglieder
FWD-Vertreter: Felix Heiber (Aktuar)

Felix Heiber

Endlich ... Geduld und Hartnäckigkeit waren nötig!

Die Kommission Fusswege wurde am 13. November 2001 gebildet. Wie ich bereits in mehreren Infoblättern berichtet habe, bestand die Kommissionsarbeit vor allem darin, das Netz der Fusswege in Dornach auf Verbesserungen hin zu untersuchen und Vorschläge zu unterbreiten. In mehreren Schritten wurden alle Fusswege begangen und auf mögliche Schwachstellen hin untersucht.

Unsere Beobachtungen und die nötigen Verbesserungsvorschläge wurden jeweils dem Gemeinderat als Anträge zugestellt. Wir stellten auch einen realistischen Zeitplan für die nötigen Arbeiten auf.

Leider mussten wir von der Kommission schon bald feststellen, dass unser Zeitplan gewaltige Verspätung erlitt. Jetzt, im September 2006, wurde die letzte von uns - im Oktober 2004 - vorgeschlagene Arbeit erledigt.

Allerdings hat es von unserem Kommissionspräsidenten, Hans-Jörg Staub, sehr viel Engagement und Hartnäckigkeit gebraucht, damit auch diese letzten Ar-



beiten endlich erledigt wurde. Da ich nicht genügend darüber informiert bin, wo in der Verwaltung der Bremsschuh zu suchen ist, möchte ich mich hier nicht weiter dazu äussern. Nur soviel wage ich zu behaupten: In der Privatwirtschaft hätte eine ähnliche "Arbeitshaltung" ganz bestimmte Konsequenzen.

EINDRÜCKE AUS DEN USA

Daniel Urech

Unser Gemeinderat Daniel Urech konnte als Student der Universität Fribourg an einem sieben Wochen dauernden Austauschprogramm an der University of Alabama in Tuscaloosa, USA, teilnehmen. Hier einige Eindrücke aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Viele Schweizer Studierende gehen heutzutage für ein Semester oder ein ganzes Jahr an eine ausländische Universität und erzählen danach von einer hervorragenden Zeit, in der sie vieles gelernt und erlebt hätten. Andere bezeichnen es einfach als einjährige Party – was ja dann den Zweck dieser Austauschprogramme nur halb erfüllen würde. Wie auch immer, für mich war mit der Wahl in den Gemeinderat klar, dass eine Abwesenheit von einer solchen Dauer nicht möglich wäre. Umso mehr freute es mich, dass ich für das Alabama-Exchange-Programm unserer Uni ausgewählt wurde: Ein siebenwöchiger Austausch, dem ich noch 3 Reise-wochen voranstellte, erwartete mich.

Bei der Ankunft in New York wurde ich in ein kochendes Häusermeer geworfen: Wolkenkratzer, die einem Schweizer den Kinnladen runterhängen und ihn mit offenem Mund staunend durch die Strassenschluchten gehen lassen. Hupende gelbe Taxis in den Strassen, gehetzte Menschen, Dampf, der aus dem Boden kommt: Es war ein erster Eindruck, wie aus dem Bilderbuch, wie aus dem Film. Eine Stadt, die einem das Herz schneller schlagen lässt, tatsächlich eine „city that never sleeps“ wie Frank Sinatra singt. In deutlichem Gegensatz dazu stand Tuscaloosa, der Sitz der „University of Alabama“ im Süden der USA, wo wir – eine Gruppe von 10 Jus-Studenten aus der Schweiz unsere Austauschzeit verbrachten. Hier fand ich ein anderes Gesicht der amerikanischen Stadt. Rund 100'000 Einwohner wohnen in diesem Ort, ohne dass ich Stadt- oder Städtchenstim-mung gespürt hätte. Entlang einer einzigen Strasse bilden die Häuser eine Front, wie wir sie in Europa kennen. Das höchste Haus hat 9 Stockwerke und ragt weit über



Solchen Ungeheuern kann man in den USA durchaus begegnen



Ich fand in Amerika weniger Spuren Coca Colas als ich erwartet hatte. Beim Anblick dieses Lastwagens dachte ich mir: Frohe Weihnachten! J



Hier standen einmal zwei Türme – Ground Zero, eine Lücke im hektischen Leben New Yorks



Augen rauf, Kiefer runter ...

die anderen hinaus. „Wo ist hier die Stadt?“ fragten wir uns. Tatsächlich ist es eine Stadt, die für Autos gebaut ist und die wie ausgeleerter Sirup auf dem Boden in die Landschaft ausfließt und diese so gewissermassen verschmutzt. Die meisten Strassen sind vierspurig, vor Kreuzungen und auf Hauptachsen oft noch breiter. Eingekauft wird ausserhalb. Der WalMart in der Grösse unseres MParcs z.B. ist 15 Autominuten vom „Stadtzentrum“ entfernt. Wie wichtig Raumplanung und verdichtete Besiedlung sind, wurde mir angesichts dieser Tatsachen deutlich. Die USA sind zwar ein grosses Land, das eigentlich keine Platzprobleme kennt. Trotzdem ist es schade, wenn der Mensch grenzenlos in die Natur hinausbaut. So ist es z.B. auch eine Grundvoraussetzung für den öffentlichen Verkehr, dass es gewisse Knoten gibt, an denen sich die Leute treffen, von denen aus sie sich zu Fuss nach Hause bewegen können. Und natürlich fehlt auch ein Stück Identität einer Ortschaft, wenn man sich nur durch zwei Autoscheiben getrennt kennt – oder eben nicht kennt. Die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr ist unglaublich gross. 5

– 7 der rund 500 Studierenden der Rechtsfakultät kamen mit dem Velo, für den Rest steht ein immenser Parkplatz bereit.

Schätzen gelernt habe ich die offene Art, mit der wir empfangen wurden. Unkompliziert wurden wir Gaststudierenden bei allen Parties eingeladen, und die GastgeberInnen waren neugierig und besorgt zu erfahren, was wir von den USA halten und wie es uns geht. Wenn wir etwas brauchten, fand sich immer eine Hilfe und es wurde alles getan, damit wir uns willkommen

men fühlten. Es war die Herzlichkeit des Südens, die es nach Ansicht der Südbewohner im Norden nicht gibt. Nun, ich war ja zuvor im Nord-Osten herumgereist und habe gerade in Chicago und Buffalo das Gegenteil erfahren. Lustigerweise stiess ich auf dieser Reise jeweils auf Unverständnis, wenn ich Alabama als Ziel angab. „Alabama, why Alabama?“. Niemand verstand, dass ich zu diesen konservativen „Southerners“ ging. Die Amerikanerinnen kennen sich einerseits also schlecht und sind sehr verschieden – andererseits ist es gerade bei dieser Grösse und Diversität des Landes erstaunlich, wie die Nation schlussendlich doch eine Einheit ist.

Wie sind die politischen Ansichten der Amerikaner? Was halten sie von Präsident Bush? Diese Fragen wurden mir seit meiner Rückkehr oft gestellt, und ich kann natürlich nicht generell antworten. Zwar wählt gerade im Süden eine starke Mehrheit republikanisch – also Bush. Ich lernte aber auch viele liberale Menschen kennen, die sich für die Taten ihrer Regierung schämen, und die einen Wechsel der Verhältnisse anstreben. Denn es fehlt so vieles, was bei uns in der Schweiz selbstverständlich ist. Umweltschutz ist zwar immer stärker ein Thema, aber es sind noch sehr viele Gedankengänge nötig, um da zu einer Wende zu gelangen. Die Armut ist z.T. erschreckend und sichtbar. Es gibt viele Menschen, die sich mit Billig-Jobs mehr schlecht als recht über dem Wasser halten. Die Aktualitätsmedien sind sehr auf Unterhaltung ausgerichtet, die Wahl der Themen erstaunt oft, und wirkliche politische Diskussion gibt es am Fernsehen fast nie (da lobe ich mir die Arena des Schweizer Fernsehens, in der wirkliche Politiker auftreten – in den USA finden kontradiktorische Diskussionen mit Entscheidungsträgern nur im Wahlkampf statt).

Und dann gibt es ja noch diese Geschichten und Legenden über den amerikanischen Lebensstil, über kleine und grosse Verrücktheiten, die bei uns so gerne durch die Zeitungen gezogen werden. Diese Clichés prägen ganz stark das USA-Bild von uns EuropäerInnen. Und ich kann nur sagen: Sie stimmen alle, aber sie stimmen auch nicht. Natürlich gibt es mehr fettleibige Menschen, aber nicht alle sind dick. Natürlich sind die Amerikaner die Umweltverschmutzer Nummer 1, aber einige amerikanische Städte und Staaten beginnen selbst aktiv zu werden – die Menschen werden sich langsam des Problems bewusst. Und wie schon am Anfang ausgeführt gibt es natürlich die Megastädte mit den Wolkenkratzern, aber es gibt sie auch nicht, wie ich an vielen ländlichen Orten des Südens gesehen habe.

Die zwei Monate, die ich in den USA verbrachte, waren eine sehr lehr- und erfahrungsreiche Zeit, die

mir viel bedeutet, und die mich vieles differenzierter anschauen lässt. Ich konnte einen tiefen Schluck amerikanischen Lebensstil nehmen und darf sagen: Schön, das erlebt zu haben – und schön wieder zurück nach Dornach zu kommen!

Ersäunliches und Bedenkliches aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten:

- Der WalMart von Tuscaloosa hat an 365 Tagen pro Jahr 24 Stunden täglich geöffnet - am Weihnachtstag verkauft er keine Gewehre und Munition.
- Das Trinken von Alkohol auf öffentlichem Grund ist in Alabama verboten. Unter 21 Jährige dürfen gar keinen Alkohol trinken. Viele, meist Studenten, fahren nach der Party unter Alkoholeinfluss Auto, obwohl man für eine Nacht ins Gefängnis kommt und eine hohe Busse zahlt, wenn man erwischt wird. Man wird aber selten erwischt.
- Das Gefängnis von Tuscaloosa hat rund 600 Insassen. Diese werden von 12 Angestellten pro Schicht bewacht. Fürs Essen wird 1.75 \$ pro Insasse und Tag ausgegeben. Das sind ca. 2 Franken und 20 Rappen.

IMPRESSUM 2/2006

Infoblatt der Freien Wähler Dornach

Das Infoblatt ist das zwei Mal jährlich erscheinende Informationsblatt der Freien Wähler Dornach. Es wird von diesen selber an alle Haushaltungen verteilt. Fragen und Anregungen zum Infoblatt und zur Politik der Freien Wähler Dornach nimmt gerne unsere Redaktion, Telefon 061 701 82 53, entgegen. Schriftliche Kontaktaufnahme unter:

Adresse: Freie Wähler Dornach, Redaktion Infoblatt,
Postfach, 4143 Dornach 2
oder info@fwd-dornach.ch
Internet: www.fwd-dornach.ch
Redaktion: Hans Hasler, Ursula Kradolfer, Hans Reinacher
Fotos: Felix Heiber, USA: Daniel Urech
Satz/Druck: Kooperative Dürmau

November 2006